

# Drei Fragen an...

...Monika Grütters, Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags

## Die Fragen stellte Moritz Reininghaus

Zweimal im Jahr findet auf dem Berliner Bebelplatz mit der „Mercedes-Benz Fashion Week“ eine ebenso glamouröse wie lärmende Modemesse statt. Die Wahl des Veranstaltungsortes sorgt seit Jahren für Proteste, denn auf dem Bebelplatz wurde am 10. Mai 1933 unter Anleitung von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels eine großangelegte nationalsozialistische Bücherverbrennung abgehalten. Für die Modemesse wird regelmäßig das Denkmal des israelischen Künstlers Micha Ullman zur Erinnerung an die Bücherverbrennung überbaut. Inzwischen hat sich in der „Initiative Bebelplatz“ eine breite Allianz gegen die Ausrichtung der Modemesse auf dem Bebelplatz zusammengefunden. Ihr jüngster Aufruf wurde von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) ebenso unterstützt wie von der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten Monika Grütters. Grütters, Jahrgang 1962, ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag. Zugleich ist sie Vorstand der Stiftung „Brandenburger Tor“ und Honorarprofessorin für Kultur- und Medienmanagement an der Freien Universität Berlin.

***Frau Grütters, trotz aller Proteste auf der einen und Zusicherungen auf der anderen Seite, findet derzeit wieder die «Fashion Week» auf dem Bebelplatz statt. Sind Sie enttäuscht, dass nun auch Micha Ullmans Denkmal erneut durch das Modespektakel verdeckt wird?***

Ja. Vor allem hat uns der zuständige Bezirksstadtrat für die Stadtentwicklung inzwischen mitgeteilt, dass er die Modemesse auch im kommenden Januar noch einmal dort stattfinden lassen wird. Die Haltung des Berliner Senats zeugt von einer nicht zu überbietenden Rücksichtslosigkeit – gegenüber den Protesten und gegenüber der Würde des Platzes. Niemand von uns unterschätzt die Bedeutung der „Fashion Week“. Nur rechtfertigt auch sie nicht diesen Umgang mit den historischen Stätten dieser Stadt. Bei einem Minimum von gutem Willen gäbe es ja naheliegende Alternativen. Aber der gute Wille ist auf der Seite des Senats nicht erkennbar. Hier ist lediglich eine Mischung aus frecher Ignoranz und Geschichtsvergessenheit vorzufinden. Man hätte die „Fashion Week“ jetzt schon zum zweiten Mal auf dem Schlossplatz abhalten können. Die Betreiber der Kunsthalle haben das Gebäude sogar angeboten, sie hätten sich darüber gefreut. Es wäre auch günstiger geworden, weil dort die ganze Infrastruktur schon vorhanden ist. Eine andere Alternative wäre der Washingtonplatz, hier direkt vor dem Bundestag, oder auch der ehemalige Flughafen in Tempelhof. Ein Senat, der das alles ignoriert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, bewusst zu provozieren und mit der Geschichte dieser Stadt zu spielen. Deutschland hat sich nach zwei Diktaturen auch deshalb wieder ein hohes Ansehen in der Welt erarbeitet, weil es diese Epochen sehr hart gegenüber sich selbst aufgearbeitet hat.

Dazu zählen auch die vielen sichtbaren Markierungen im Stadtbild, die uns immer wieder mit den Abgründen unserer Vergangenheit konfrontieren. Dass wir das große Mahnmal für die ermordeten Juden Europas mitten im Regierungsviertel haben, sagt viel über unser heutiges Selbstverständnis aus. Wenn man jedoch mehr will als nur eine zufällige Anhäufung von Mahnmalen, dann muss man auch entsprechend damit umgehen.

Wir können nicht erst einen Künstler wie Micha Ullman einladen ein Denkmal zur Erinnerung an die Bücherverbrennung zu entwerfen – und dann darauf herumtrampeln. Man muss die Aura eines Denkmals ernst nehmen sonst macht man sich unglaublich. Dann wäre es besser, man unterließe die ganze Anstrengung zum Gedenken.

***Wie verorten Sie als Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags den nun verschobenen Neubau des Berliner Stadtschlusses in der von Ihnen beschriebenen Erinnerungslandschaft Berlin?***

Meine Bemerkung vom „Fluch der Fassade“ ist durchaus mehrdeutig gemeint. Man muss bedenken, dass wir hier über die Definition des bedeutendsten Platzes der Republik sprechen, dem wir eine würdevolle Antwort schuldig sind. Trotzdem wird diese Definition seit dem Fall der Mauer von einer bestimmten Frage dominiert: Wiedererrichtung des Stadtschlusses samt Fassade – ja oder nein? Darüber kann man in der Tat trefflich streiten. Ich kann respektieren, dass es nach zehnjähriger Debatte eine Mehrheitsentscheidung zugunsten der Barock-Fassade im Deutschen Bundestag gegeben hat. Jetzt ist es eben diese Fassade, die einen negativen Symbolwert entwickelt: In Sparzeiten kann man sich so etwas nicht leisten! Das ist deshalb fast tragisch, weil es überhaupt nicht mehr um den Inhalt des Neubaus geht. Ich bin eine enthusiastische Befürworterin des Humboldt-Forums. Die Idee, außereuropäische Kulturen mitten in der deutschen Hauptstadt zu zeigen, wird mit der Verschiebung des Schlossbaus mit einem Federstrich in Frage gestellt. Das schmerzt, und es sagt erneut viel über unser Selbstverständnis aus. Es geht eben nicht nur um Hülle und Repräsentation, Opulenz und affirmative Wiederherstellung der historischen Mitte. Wir hatten die Idee zu sagen: Deutschland ist nicht mehr nur mit sich selbst beschäftigt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts feiern wir nicht nur unsere eigenen Kulturschätze, sondern wir laden durchaus selbstbewusst andere Kulturen dazu ein, sich hier zu präsentieren. Dieser Gedanke wird leichtfertig zur Disposition gestellt, wenn man „nein“ zum Stadtschloss sagt. Die Fassade hat leider von vornherein viel mehr kontroverse Aufmerksamkeit auf sich gezogen als der Inhalt.

***Auch bei der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat sich ein Entscheidungsprozess über Jahre hinweg gezogen. Sind Sie glücklich mit der jetzigen Zusammensetzung des Stiftungsrats, vor allem was die Nominierung zweier für ihre revisionistische Geschichtsauffassung bekannte Herren durch den «Bund der Vertriebenen» angeht?***

Wenn man sich auf das demokratische Verfahren verständigt, dass einzelne Organisationen ihre Vertreter in ein Gremium entsenden können, dann muss sich auch die Politik soweit zurücknehmen, dass sie die Entscheidung der jeweiligen Organisation respektiert. Mir hat auch der eine oder andere Vertreter in einigen Gremien nicht gepasst, und trotzdem hätte ich mir nie angemaßt, deshalb ein komplettes Gremium abzulehnen. Denn nur das wäre hier ja die Alternative gewesen – ein Verfahren, über das man durchaus streiten kann. Aber es ist ja das Ende einer sehr leidvollen Debatte gewesen – auch für Erika Steinbach. Die neue Zusammensetzung des Stiftungsrats und das jetzt gewählte Verfahren sind der Preis, den die Kritiker zahlen müssen für den von ihnen erzwungenen Verzicht Erika Steinbachs auf einen Sitz im Gremium. Das haben sie alle in Kauf genommen. Das jetzige Ergebnis mag nicht alle befriedigen, aber ich glaube, wir sollten jetzt endlich anfangen zu arbeiten.

*Erschienen: Jüdische Allgemeine Zeitung, 08/2010.*